

# Verein für entwicklungsbezogene Bildung zu Südostasien e. V.

## Bericht des Vorstandes an die 11. ordentliche Mitgliederversammlung am 10.2. 1995

Das Jahr 1994, in dem unser Verein in das zweite Jahrzehnt seiner Existenz eingetreten ist, hat für uns die vielleicht einschneidendste Entscheidung in der bisherigen Vereinsgeschichte gebracht: Das Projekt "Asienhaus" wird in Essen Wirklichkeit. Es ist nicht nur gelungen, die wichtigsten zu Asien arbeitenden entwicklungspolitischen Gruppen in diesem politischen Projekt "Asienhaus" unter einem "Dach" zusammenzuführen, es ist auch gelungen, buchstäblich ein "alternatives Millionen-Projekt" zu realisieren. Nachdem auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung vom 26.3.1994 ein früherer Beschluß bestätigt wurde, das Projekt zu realisieren, nahm die Arbeit daran eine herausragende Stelle im Rahmen der Vorstandstätigkeit ein. Wir freuen uns über diesen Erfolg eines Projektes, das noch vor einigen Jahren die meisten von uns wohl eher für eine schöne Utopie gehalten haben und das in der internationalistischen Bewegung der Bundesrepublik ohne Beispiel ist. Bei verschiedenen Förderorganisationen ist das Projekt auf positive Resonanz gestoßen und die Bereitschaft zur Unterstützung wurde bereits signalisiert. Auf die neuen Herausforderungen, die dieses Projekt nun für unsere praktische und theoretische Arbeit bringt, soll hier noch in einem eigenen Abschnitt ausführlicher eingegangen werden. Die weitere politische Perspektive unseres Vereins ist nunmehr eng mit der Entwicklung des Projektes "Asienhaus" verbunden. Politisch kommt dieses Projekt aus unserer Sicht gerade zu rechten Zeit, um auf die gesellschaftlichen Entwicklungen und Umbrüche in Südostasien in angemessener und neuer Weise reagieren zu können.

### Politische Entwicklungen im vergangenen Jahr

Am 15. November 1994 trafen sich in Jakarta die 18 Länder des Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsforums (APEC). Die sechs ASEAN-Staaten beschlossen gemeinsam mit China, Taiwan, Japan, Hongkong, Papua-Neuguinea, Australien, Neuseeland sowie den USA, Kanada, Mexiko und Chile bis zum Jahr 2020 die größte Freihandelszone der Welt zu schaffen. Dieser Raum repräsentiert rund 40 % des globalen Bruttosozialproduktes und mehr als die Hälfte des Welthandels. Die Konferenz von Jakarta stellt in dreifacher Hinsicht ein Symbol für den gegenwärtigen Umbruch in den internationalen Beziehungen dar:

Erstens zeigt sie drastisch, welchen Rollenwandel die meisten der beteiligten Länder Asiens und insbesondere die ASEAN-Staaten durchlaufen haben. Nach dem Ende der Kolonialherrschaft klassische "Entwicklungsländer der Drit-

ten Welt", treten sie nun als aufstrebende Wirtschaftsmächte und selbständige Akteure bei der Neuordnung der Weltwirtschaftsbeziehungen auf. Mit antikolonialer Attitüde greifen ihre Eliten dabei sogenannte "imperialistische westliche Werte" an, wenn es um die internationale Einhaltung von Umweltstandards oder Menschenrechten geht. Mit dem Schlagwort von der "asiatischen Definition der Menschenrechte" wurde von einigen Regierungen in Asien ein neuer ideologischer Kampfbegriff zur Rechtfertigung diktatorischer und ausbeuterischer Herrschaftsverhältnisse geschaffen.

Zweitens zeigt sie, daß von der Blockkonfrontation zwischen sozialistisch und kapitalistisch orientierten Staaten, die die letzten vierzig Jahre der asiatischen und pazifischen Politik dominiert hatte, keine Reste übrig sind. Die 1994 beantragte Aufnahme Vietnams in die ASEAN-Gemeinschaft unterstreicht dies zusätzlich. Zugleich ist mit der Blockgegnerschaft auch die bisherige sicherheitspolitische Einbindung verfallen und Raum für den neuen Ausbruch alter regionaler, territorialer Konflikte mit überwiegend rohstoff- oder fischereipolitischen Hintergrund entstanden.

Drittens zeigt sie, daß die transatlantischen Beziehungen nun endgültig nicht mehr den unangefochtenen Schwerpunkt der wirtschaftlichen und politischen Prozesse der internationalen Gemeinschaft darstellen. Asiens ökonomischer Aufstieg bedeutet in fast jeder Hinsicht eine neue Multipolarität des internationalen Systems, die Epoche der industriellen, kulturellen und militärischen Hegemonie "des Westens" geht damit endgültig zu Ende.

Alle drei Entwicklungsaspekte, insbesondere aber die handelspolitische Formierung des asiatisch-pazifischen Raums werden in der europäischen Öffentlichkeit immer stärker als Herausbildung einer nicht nur ökonomischen, sondern auch kulturellen Konkurrenz interpretiert. Der in diesem Zusammenhang viel zitierte amerikanische Politologe Samuel P. Huntington spricht sogar von einem "clash of cultures". Der "Blickwinkel" gerade auch auf die Gesellschaften Südostasiens verändert sich dabei einschneidend. Sie werden anders als die Länder des afrikanischen Kontinents oder die meisten Länder Lateinamerikas nicht mehr in erster Linie als "Entwicklungsländer" oder "arme Länder" wahrgenommen.

So war auch in Deutschland 1994 eine verstärkte Aufmerksamkeit für die ASEAN-Region in den Medien, in Wirtschaft und Politik zu verspüren. Dabei geht es jedoch fast immer um die vermeintliche "Erfolgsgeschichte der kleinen Tiger", bzw. um wirtschaftliche Kontakte mit den heranwachsenden Konkurrenten. Auch das Aufscheinen politischer Instabilität, wie

etwa der "blutige Montag" in Indonesiens Hauptstadt Jakarta, als am 27. Juni eine friedliche Protestdemonstration gegen das Verbot der Zeitungen Tempo, Editor und Detik von Polizei zusammengeknüpelt wurde oder das Andauern des Bürgerkriegs auf den Philippinen, können die Dominanz dieser Sichtweise kaum beeinträchtigen. Immer stärker aus dem "öffentlichen Blickfeld" geraten dabei jene Länder, deren krisengeschüttelte Entwicklung nicht in dieses Raster paßt. Dies betrifft vor allem Burma und Kambodscha.

Die entwicklungspolitische Perspektive wird durch eine machtpolitische Perspektive verdrängt. Das entwicklungspolitische Interesse an Südostasien geht eher zurück, das touristische, ökonomische und machtpolitische Interesse nimmt deutlich zu. Dazu gehört auch, daß die Bundesregierung 1993/94 erstmals ausdrücklich das Konzept einer Asienpolitik formuliert hat, das die schlichte Grundformel "Wirtschaftsinteresse geht vor Menschenrechtsfragen" nur notdürftig kaschiert. Deutlich spürbar war dies im Umfeld der EU-ASEAN Außenministerkonferenz im Oktober in Karlsruhe, wo jeder Versuch, die Besetzung Osttimors durch Indonesien zum Thema zu machen von der gastgebenden Bundesregierung abgewiegelt, ja sogar eine Mahnwache am Konferenzort verboten wurde.

Es liegt auf der Hand, daß dieser Prozeß die Rahmenbedingungen und die Problemstellungen von entwicklungsbezogener Bildungsarbeit zu Südostasien gravierend beeinflußt und Neuorientierungen erforderlich macht.

Ein erster Schritt in diese Richtung wurde bereits mit der Ausrichtung der Südostasien-Konferenz im Februar 1994 getan. Unter der Themenstellung "Aufstieg aus der Dritten Welt? Entwicklungsstrategien und Menschenrechte in Südostasien" haben wir die Diskussion über die angesprochenen Fragen aufgegriffen und in einer Ausgabe der "Südostasien Informationen" dokumentiert. Damit ist es uns gelungen, zeitig und fundiert in eine Debatte "einzusteigen", in der es zunehmend auch um das Selbstverständnis unserer eigenen Arbeit geht. Die Weiterentwicklung dieser Debatte muß auch im nächsten Jahr eine wichtige Aufgabenstellung für den Vorstand und die "Südostasien Informationen" darstellen.

International ist die Osttimor-Frage nach einer längeren Periode weitgehender "Vergessenheit" 1994 durch das erneute Anwachsen des Widerstandes stärker zum Gegenstand der Auseinandersetzung geworden. Die indonesische Regierung gerät zunehmend unter internationalen Druck und reagiert entsprechend gereizt. Ein Höhepunkt dieser Entwicklung war sicherlich die Absage der Teilnahme an der Konferenz über die "Ostasiatische Wachstumszone" (EAGA) in Manila im Mai 1994, weil die philippinische Regierung sich nicht in der Lage sah, eine kurz darauf stattfindende Menschenrechtskonferenz zu Osttimor zu verhindern.

Trotz der starken Belastungen durch die Vorbereitungsarbeiten für das Projekt "Asienhaus", haben wir uns entschlossen,

gemeinsam mit der Universität Porto, der Evangelischen Akademie Iserlohn und der Internationalen Plattform für Juristen zu Osttimor vom 30.9. bis 2.10.1995 die Tagung "Die europäische Verantwortung für Osttimor" zu veranstalten. Sie zielte im Rahmen dieser Aktualität auf den Zusammenhang von Menschenrechten, Völkerrecht und neuer europäischer Standortbestimmung gegenüber Südostasien. Auch hier konnten wir so zeitig und fundiert eine wichtige aktuelle Debatte aufnehmen und in den "Südostasien Informationen" dokumentieren.

## Politische Perspektiven

Die politischen Entwicklungen stellen an unsere inhaltliche Arbeit die schwierige Anforderung, in verschiedener Hinsicht als Korrektiv zur dominierenden Sichtweise Südostasiens in der deutschen Öffentlichkeit zu wirken. Dabei kann es nicht darum gehen, vorhandene ökonomische Prosperität und kapitalistische Entwicklung zu leugnen oder zu verteufeln. Es ist aber wichtig, die ökologischen und sozialen Kehrseiten dieser Prosperität angemessen herauszuarbeiten, die Verletzung von Menschenrechten und Demokratie zu kritisieren und entsprechend Solidarität zu organisieren. Insbesondere die Auseinandersetzung mit dem Kampfbegriff der "asiatischen Menschenrechte" und mit Konzepten des Islam und der Islamisierung ist dabei dringlich. Einen Dialog zwischen asiatischen und europäischen NGOs über die Definition und die Universalität von Menschenrechten könnte ein Gegengewicht zur machtpolitischen Instrumentalisierung der Menschenrechtsfragen und religiösen Wertorientierung durch die Regierenden aller Seiten bilden.

Durch die wachsende ökonomische Prosperität der ASEAN-Länder ist im Verhältnis zu Europa jedoch auch eine immer stärkere Parallelität von sozialen und ökologischen Problemen entstanden. Sie sind hier wie dort nicht mehr im lokalen oder nationalen Rahmen zu bewältigen, sondern erfordern internationale, ja weltweite Lösungen. Daran sollte von uns politisch in der Öffentlichkeitsarbeit immer wieder angeknüpft werden. Der enge Zusammenhang von "Umwelt und Entwicklung", von sozialen und ökologischen Fragen ist zum Kernbereich eines neuen Verständnisses von "Internationalismus" und internationaler Solidarität geworden, das sich qualitativ vom Internationalismusverständnis der antikolonialen Befreiungsbewegungen und der traditionellen Arbeiterbewegung unterscheidet. Die Vertiefung des Dialogs über ein Konzept der nachhaltigen Entwicklung und einen neuen Fortschrittsbegriff stellt sich damit weiterhin und dauerhaft als Aufgabe. Die "Internationale Klima-Konferenz" Ende März in Berlin wird einen Kristallisationspunkt der aktuellen internationalen Debatte auf diesem Feld darstellen und auch von NGO's aus Asien gut besucht sein. Gerade hier bietet sich also bei der politischen Begleitung und Auswertung die Kooperation im Rahmen des Projektes "Asienhaus" an.

Dies gilt ebenso für die Analyse der sich rasch verändernden strategischen

Konstellationen des internationalen Systems im asiatisch-pazifischen Raum und die in diesem Zusammenhang herauszufindenden regionalen Konfliktsituationen. Das Ende des "Kalten Krieges" heißt keineswegs, daß der Frieden in Asien gesichert ist. Wenn große und aufsteigende kleinere Mächte neu um Einflußgebiete, Warenabsatzmärkte und Rohstoffausbeutung ringen, führt dies schnell zu territorialen Ansprüchen und bedeutet immer auch die Gefahr der Fortsetzung der Politik mit kriegerischen Mitteln. Daß gerade Südostasien inzwischen als wichtigster internationaler Waffenmarkt gilt, ist auch in diesem Licht zu sehen. Die Europäische Union als größter Waffenexporteur der Welt (und Deutschland als drittgrößter Einzelexporteur der Welt) leistet unheilvoll diesen Eskalationsprozessen in Asien Vorschub. Es gehört sicher zu den wichtigsten Aufgaben unseres Vereins, dies genau zu analysieren und insbesondere die Rüstungsexporte anzuprangern.

## Aktivitäten des Vorstands und von Vereinsmitgliedern

Bei den Vorstandsaktivitäten standen das Projekt Asienhaus und die Personalproblematik im Mittelpunkt.

Die außerordentliche Mitgliederversammlung zum Projekt Asienhaus am 26.3.1994 hatte einen eindeutigen Beschluß gefasst, an dem Projekt in der vorgestellten Weise festzuhalten. Ein ausführliches Protokoll über diese MV wurde Anfang Juni 1994 an alle Mitglieder verschickt. Nachdem vor ziemlich genau 5 Jahren am 24.1.1990 zum ersten Mal gemeinsam über ein "Asienhaus" gesprochen wurde, können wir nun unsere 11. ord. Mitgliederversammlung in diesem Haus abhalten. Es war ein langwieriger und z.T. zäher Prozeß, weil aufgrund der unterschiedlichen Arbeitsweisen und Schwerpunktsetzungen die beteiligten Organisationen – Südasiensbüro, Philippinenbüro, Korea-Verband und Asienstiftung – diesem Projekt in den verschiedenen Phasen der Zusammenarbeit einen unterschiedlichen Stellenwert in ihrer Arbeit zugewiesen hatten. Die gemeinsamen Abstimmungsprozesse über inhaltliche und organisatorische Zusammenarbeit, in der Vergangenheit manchmal unzureichend und unbefriedigend, werden mit Einzug aller Büros wohl vereinfacht und verbessert werden können.

Der Vorstand hat sich auf fast all seinen Sitzungen im letzten Jahr mit dem Asienhaus beschäftigt und ist dabei immer für klare Absprachen und durchsichtige (Entscheidungs-) Strukturen bei organisatorischen, inhaltlichen und Personalfragen eingetreten. Neben dem Geschäftsführer haben mindestens zwei z.T. drei weitere Vorstandsmitglieder regelmäßig an den Sitzungen des Arbeitskreises Asienhaus teilgenommen, bei einem Workshop zum Asienhaus – am 1.11.94 – waren es 5 Vorstandsmitglieder. In der Diskussion über die Perspektiven des Asienhauses während dieses Workshops kristallisierte sich eine Kontroverse darüber heraus, inwieweit die Einzelbüros in Asienhaus bzw. Asienstif-

tung aufgehen oder auch in Zukunft weitgehend ihre organisatorische Eigenständigkeit bewahren sollten.

Wenig erfolgreich war der Vorstand in diesem Jahr bei der Stellenfinanzierung. Trotz intensiver Bemühungen ist es nicht gelungen, eine Verlängerung der Anfang 1993 bewilligten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen um ein weiteres Jahr durchzusetzen. Ebenso ist mit einer Verlängerung der AB-Maßnahme in der Bibliothek (ab Dez. 1994) kaum noch zu rechnen, obgleich dem Arbeitsamt Bochum eine feste Übernahme durch das Projekt Asienhaus in Aussicht gestellt wurde. Wie im Finanzbericht deutlich wird, konnte die Finanzierung einer Stelle aus eigenen Kräften (Spenden, Mitgliedsbeiträge, Einnahmen) nicht gesichert werden.

Der Verein hat nach wie vor 108 Mitglieder. Seit der letzten Mitgliederversammlung sind 4 Mitglieder ausgetreten und eins ist verstorben. Dafür sind im gleichen Zeitraum 5 neue Mitglieder aufgenommen worden. Im Vorstand sind weiterhin 11 Personen mit einem vierköpfigen geschäftsführenden Vorstand. Der Gesamtvorstand hat sich zweimal, am 9.7. und 5.11. getroffen, der geschäftsführende Vorstand zehnmal.

## Die wichtigsten Aufgaben des Vereins 1995

Die Aufgaben ergeben sich aus den oben genannten politischen Perspektiven. Konkret bedeutet das: eine Folgeveranstaltung zum Klimagipfel in Berlin mit NRO-Vertreter/inne/n aus Südostasien, eine Tagung zu den Themen "asiatische Menschenrechte sowie Islam und einen Workshop zur geostrategischen Entwicklung in Raum Asien-Pazifik. Ferner wird die Beendigung des 2. Weltkrieges vor 50 Jahren Anlaß sein, die Aufmerksamkeit hier auch auf den 2. Weltkrieg in Asien zu lenken. Die UN-Frauenkonferenz in Beijing im Herbst sowie das Jahr der Jahrestage in Indonesien (50 Jahre Unabhängigkeit, 30 Jahre Neue Ordnung und 20 Jahre Einmarsch in Osttimor) fordern ebenfalls zur Auseinandersetzung heraus, die sich zumindest in Schwerpunkttheften der Südostasien Informationen niederschlagen werden.

Die Festigung von Zusammenarbeitsstrukturen im Asienhaus sowie die Förderung der Asienstiftung wird für den nächsten Vorstand eine wichtige Aufgabe sein. Der Zeitrahmen für die Verwirklichung dieser Vorhaben wird sich nicht auf das Jahr 1995 beschränken, sondern sicherlich bis ins Jahr 1996 hineinreichen.

Bei allen genannten übergreifenden Themenstellungen wird eine intensive Zusammenarbeit im Rahmen des Asienhauses gesucht. Darüberhinaus ist eine verstärkte Mitgliederwerbung sowie Einbindung von aktiven Mitgliedern in die Arbeit notwendig. Um die Finanzsituation zu verbessern, muß der Vorstand sich ernsthaft überlegen, Teile der inhaltlichen Arbeit z.B. in der Form von Werkverträgen zu verkaufen.

Bochum, den 2. Februar 1995

Frithjof Schmidt für den Vorstand